

Diskussionspapier des Landesweiten Zusammenschluss ADELE. Sachsen der LINKEN Sachsen zu inhaltlichen Standpunkten zum Thema „Ökologische Nachhaltigkeit“

Stand: 28-01-2009

1

Wirtschaftlich modern, Ökologisch nachhaltig, Sozial gerecht

2

3

4

0. Vorwort

5

6 Die Erde heizt sich auf. Die Auswirkungen des Klimawandels auf das Ökosystem werden Stück für Stück
7 deutlich, Puzzleteile einzelner Wetterbeobachtungen fügen sich allmählich zu einem ganzheitlichen Bild, das
8 geprägt wurde durch eine wachstumsorientierte Produktions- und Lebensweise. Wir, die Menschen, haben
9 Pflanzen und Tieren das Überleben gewaltig schwer gemacht, indem wir schlicht ihren Lebensraum
10 abholzten, platt walzten oder wegbaggerten – für Gewerbegebiete, für Wohnsiedlungen, für Straßen und
11 Energietrassen, für riesige Landwirtschaftsflächen und für den Rohstoffabbau. Mit den Rückständen unserer
12 Produktion vergifteten wir anschließend Flüsse und Boden und verpesteten die Luft.

13 Das nannte sich industrielle Revolution. Sie ermöglichte den Industrienationen der „ersten“ Welt seit Anfang
14 des 19. Jahrhunderts eine steile Wirtschaftsentwicklung. Der traurige Rest der „dritten“ Welt verharrt
15 seitdem in Armut und Abhängigkeit.

16 Nun aber ist die Menschheit aufgeschreckt, denn jetzt fällt ihr egozentrisches Handeln auf sie zurück: Die
17 Erde heizt sich auf! Hauptverantwortlich dafür ist das Treibhausgas Kohlenstoffdioxid (CO₂), das in
18 Millionen Tonnen aus den Schornsteinen dieser Welt quillt. Wir stehen am Beginn einer neuen Heißzeit, was
19 eben nichts gemein hat mit einem natürlichen Wechsel zwischen Kalt- und Warmperioden, wie sie die
20 Erdgeschichte der Vergangenheit kennt. Denn die Ursachen dieses Wandels liegen in der Lebens- und
21 Produktionsweise des Menschen begründet.

22 Alles halb so schlimm, meinen da ignorante Optimisten. Einige Grad mehr in Europa sind nicht nur
23 beherrschbar, sie bringen durchaus auch Vorteile. Hitzewellen, Sturmfluten, Orkane, verdorrtes Ackerland –
24 wieder „nur“ ein Problem der Entwicklungsstaaten? Spätestens seit dem Report des ehemaligen
25 Weltbankökonomens Nicolas Stern wissen wir, dass sich die Kosten für den Klimawandel („... dem größten
26 Marktversagen ...“ N. Stern) auf einen gigantischen Anteil von bis zu 20 % am globalen
27 Bruttoinlandsprodukt summieren werden, wenn nicht unmittelbar gegengesteuert wird. Anderswo aber
28 rechnet man in Menschenleben: „Sollten die Emissionen weiter ungebremst steigen, so könne zum Beispiel
29 aufgrund der Verluste der Kleinbauern durch die Klimaveränderungen die Zahl der Menschen, die von
30 weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben müssen, bis zum Jahre 2050 um 145 bis 220 Millionen steigen. In
31 Südasien und dem subsaharischen Afrika würde das jährlich den Tod von zusätzlichen 165 000 bis 250 000
32 Kindern kosten... Gestiegene Gesundheitsrisiken, wie die Ausbreitung von Dengue-Fieber und Malaria sind
33 dabei noch nicht einmal berücksichtigt.“ (Zitat: Wolfgang Pomrehn: „Heiße Zeiten“)

34 Der Begriff der Nachhaltigkeit gewinnt angesichts solcher Aussagen eine neue Dimension.
35 Es geht nicht mehr „nur“ um die Gewährleistung der Verfügbarkeit über die Schätze der Natur für
36 nachfolgende Generationen. Es geht darum, ihnen überhaupt ein Leben zu ermöglichen.

37 Das bedingt eine wirklich radikale Wende in unserem Denken, in unserer Lebens- und Produktionsweise.
38 Für diese Wende haben wir nicht mehr viel Zeit – gerade angesichts der Trägheit politischer Systeme.

39 Eine solche Wende hin zu einer durchgehenden inhaltlichen Strategie der Verbindung von Ökonomie,
40 Ökologie und Sozialem hat die Linke bundesweit in ihrer programmatischen Diskussion bereits eingeleitet.
41 Sie darf sich jetzt nicht scheuen, auch innerparteilich „heiße Eisen“ anzupacken und Diskussionsprozesse
42 abzuschließen. Denn: Linke Politik kann nur sozial gerecht sein, wenn sie auch ökologisch und nachhaltig
43 ist.

1. Einleitung

44

45

46 Kernziele linker Politik für eine nachhaltige Wirtschaft im Freistaat Sachsen müssen sein:

- 47 - Energie- und Ressourceneffizienz
- 48 - Entflechtung, Dezentralisierung und Demokratisierung von Wirtschaftsstrukturen
- 49 - Regionale Wirtschaftskreisläufe.

50

51 Diese Ziele können erreicht werden durch

- 52 - eine sozial-ökologische Umgestaltung der Wirtschaft
- 53 - eine konsequent auf ökologische Innovationen orientierte Technologiepolitik
- 54 - eine Energiewende, die auf regenerative Energieträgern setzt
- 55 - die Schaffung einer energieeffizienten Ressourcenwirtschaft
- 56 - eine an den Prinzipien der Nachhaltigkeit orientierte Bildungspolitik.

57

58

59 **2. Klima und Energie**

60 2.1 Ist-Beschreibung

61 Wir befinden uns im Prozess des Klimawandels, der bereits heute große Auswirkungen auf die
62 Lebensbedingungen von Menschen, Pflanzen- und Tierarten hat. Verursacher der in den letzten Jahrzehnten
63 deutlich nachweisbaren Erderwärmung ist der Mensch durch eine Produktionsweise, die das Treibhausgas
64 Kohlenstoffdioxid in unverantwortlicher Größenordnung freisetzt.

65 Im Zentrum dieser Produktionsweise steht eine Energiewirtschaft, die nach wie vor hauptsächlich auf dem
66 fossilen Energieträger Braunkohle basiert, was neben dem verstärkten CO₂-Ausstoß großflächig Landschaft
67 zerstört und langfristig den regionalen Wasserhaushalt schädigt. Die Braunkohleverstromung verursacht
68 mehr als die Hälfte (64 %) der sächsischen Kohlenstoffdioxidemissionen von jährlich insgesamt 51 Mio.
69 Tonnen CO₂. Allein der neue Kraftwerksblock in Boxberg wird ab dem Jahr 2011 zusätzlich jährlich rund
70 4,4 Mio. Tonnen CO₂ emittieren. Der Anteil erneuerbarer Energien am Strommix in Sachsen beträgt dagegen
71 lediglich 11 %.

72 Die Auswirkungen des Klimawandels sind in Sachsen bereits spürbar. So hat sich die Jahresmitteltemperatur
73 in den letzten 50 Jahren innerhalb Sachsens flächendeckend um 1 Grad erhöht. Niederschlagsmengen
74 verändern sich in Abhängigkeit von Jahreszeit und Region und zwingen zu Anpassungsmaßnahmen
75 besonders in der Agrarwirtschaft. Nord- und Ostsachsen wird besonders von Problemen der
76 Wasserverfügbarkeit betroffen sein. In dieser Region muss mit einem jahreszeitlichen Rückgang der
77 Niederschlagsmengen um bis zu 30 % gerechnet werden. Auch im Freistaat Sachsen werden Intensität und
78 Häufigkeit von Extremwetterereignissen zunehmen und damit steigen die Kosten für die
79 Schadensregulierung.

80 Trotz dieser Entwicklungen folgt sächsische Politik weiter einem braunkohlezentrierten Leitbild. Dabei
81 werden beispielsweise ästhetische und/oder naturschutzfachliche Probleme bei Erneuerbaren Energien als
82 Genehmigungshindernisse herausgestellt, während man bei der Braunkohle wirtschaftliche
83 Verwertungsinteressen deutlich höher bewertet.

84 2.2 Position

85 Unser Handeln muss darauf ausgerichtet werden, die Ursachen des von den Menschen verursachten
86 Klimawandels zu beseitigen und die Wirkungen abzubremesen. Dringlichste Voraussetzung für einen
87 nachhaltigen Klimaschutz ist ein schonender Umgang mit allen natürlichen Ressourcen, insbesondere aber
88 mit fossilen Rohstoffen sowie eine konsequente klimaneutrale Gestaltung der menschlichen Produktions-
89 und Lebensweise.

90 Angesichts des Klimawandels und aus Gründen der Ressourcenverknappung ist eine drastische Reduzierung
91 des Energieverbrauchs bei gleichzeitiger Erhöhung der Energieeffizienz unabdingbar. Ökologisch
92 nachhaltige Politik muss die Gleichwertigkeit von vorsorgender und nachsorgender Klimapolitik im Sinne
93 einer Doppelstrategie von Kohlenstoffdioxidreduktion und Anpassung an den Klimawandel realisieren.
94 Deshalb ist es zwingend, die herkömmlichen fossilen Energieträger abzulösen und durch erneuerbare
95 Energieträger zu ersetzen. Für Sachsen bedeutet das den konsequenten Ausstieg aus der
96 Braunkohleverstromung bis spätestens zum Jahr 2040. Dafür muss in der Leipziger (Mitteldeutsches

97 Kohlerevier) und der Lausitzer Region (Lausitzer Kohlerevier) modellhaft der sozial-ökologische Umbau
98 von der kohlezentrierten zu einer solaren Energiewirtschaft gefördert werden.

99 Die Technologie der Kohlenstoffdioxid-Abscheidung und -lagerung (CCS-Technologie) ist für Sachsen
100 keine Alternative. Sie ist aufwändig und teuer (Entwicklung und Transport), birgt neue Risiken (Transport
101 und Lagerung) und die unterirdischen Lagerkapazitäten sind begrenzt.

102 Ähnlich verhält es sich mit der Atomenergie: Wir lehnen ihre Nutzung grundsätzlich ab und erteilen allen
103 Diskussionen über einen „Ausstieg aus dem Ausstieg“ wegen ihrer angeblichen Brückenfunktion beim
104 Übergang des atomar-fossilen zum solaren Energiezeitalter eine klare Absage.

105 Große Kraftwerkseinheiten und auf sie zugeschnittene Netz- und Regeltechnik fördern auch in Sachsen
106 zentralistische Strukturen und schwächen die Position von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie von
107 Kommunen. Dezentrale, kleine Energieversorger, die „grünen“ Strom aus regenerativen Energieträgern
108 anbieten, sind politisch zu unterstützen und wirtschaftlich zu fördern. Die Akzeptanz der Bürgerschaft für
109 Erneuerbare Energien soll dabei durch direkte Partizipationsmodelle (Bürgerkraftwerke) gestärkt werden.

110 Die Linke setzt sich dabei immer für den Ausgleich besonderer sozialer Belastungen ein, die als Folge
111 verstärkter Klimaschutzauflagen beim Einzelnen entstehen können. Ein gangbarer Weg dieses
112 Lastenausgleichs ist die Einführung von Sozialtarifen.

113 2.3 Handlungsfelder

- 114 - Der Anteil aller Formen von Erneuerbaren Energien am Gesamtenergieaufkommen ist konsequent
115 auszubauen. Ihr Anteil am Gesamtstromverbrauch muss sich bis 2050 auf mindestens 80 % erhöhen.
116 Dazu sind auf regionaler und kommunaler Ebene Klimaschutzprogramme zu erarbeiten und konsequent
117 umzusetzen.
- 118 - In der Regionalplanung, der Raumentwicklung und der Bauleitplanung sind Nutzungsansprüche der
119 Erneuerbaren Energien neu zu bewerten. Das bedeutet u.a., raumplanerische Beschränkungen über die
120 Regionalpläne aufzugeben mit dem Ziel, Windkrafteignungsflächen zu erweitern (Nutzung von Wald-
121 /Konversionsflächen) bzw. Repowering zuzulassen. Das bedeutet weiter, solare Nutzungspotenziale
122 durch eine entsprechende Bebauungsplanung stärker zu berücksichtigen und Immobilien der
123 Öffentlichen Hand konsequent mit Solaranlagen auszurüsten.
- 124 - Neuaufschlüsse von Tagebauen in der Lausitz und im Südraum Leipzig dürfen nicht zugelassen werden.
- 125 - Steuerliche und andere Privilegierungstatbestände (z.B. Befreiung von Förder- und Feldesabgabe/
126 Grundwasserentnahmeabgabe/Emissionszertifikate) für den Energieträger Braunkohle sind konsequent
127 abzubauen.
- 128 - Die Energieversorgungsstrukturen sind zu entflechten. Die Netze sind in öffentliche Hand zu überführen
129 und unter demokratische Kontrolle zu stellen. Dezentrale Energieerzeugungsanlagen mit Kraft-Wärme-
130 Kopplung sind zu fördern.
- 131 - Energiepreise und -tarife sind so zu gestalten, dass Energiesparen belohnt wird. Für
132 einkommensschwache Menschen müssen Sozialtarife angeboten werden.

133
134

135 **3. Verkehr**

136 3.1 Ist-Beschreibung

137 Der Verkehr ist für etwa ein Viertel der Kohlenstoffdioxidemissionen verantwortlich. Er stellt damit die
138 zweitgrößte Verursachergruppe in Sachsen dar. Darüber hinaus beeinflusst er maßgeblich die
139 Gesundheitsbelastungen durch Schadstoff- und Partikelemissionen (Feinstaub). Trotz negativer
140 Bevölkerungsentwicklung in Sachsen wird insgesamt eine weitere Zunahme des Individual- aber besonders
141 des Güterverkehrs auf der Straße befördert. Die PKW bleiben aufgrund mangelnder Alternativen gerade im
142 ländlichen Raum wichtiges Transportmittel. Im Autoland Sachsen wird demzufolge viel Geld in den Aus-
143 und Neubau von Straßen investiert. Aber gerade durch den Neubau von Straßen werden weiter bisher wenig
144 beeinträchtigte Landschaftsräume zerschnitten.

145 Dabei verfügt der Freistaat über das dichteste Schienenverkehrsnetz aller deutschen Bundesländer und über
146 erfahrene bahntechnische Unternehmen.

147 3.2 Position

148 Mobilität ist Teil einer grundlegenden Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Durch eine
149 integrierte Verkehrs- und Raumentwicklung sind die Verkehrsarten Eisenbahn, Öffentlicher
150 Personennahverkehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr sowie die Binnenschifffahrt zu stärken.
151 Stadtentwicklung in der Gegenwart muss Individual- und Güterverkehr in Innenstadtbereichen durch
152 intelligente Verkehrsleitsysteme und moderne öffentliche Angebote reduzieren und damit gleichzeitig die
153 gesundheitlichen Belastungen durch Abgase und Feinstaub minimieren. Umweltzonen können den Anfang
154 solcher modernen und ökologisch nachhaltigen Stadtentwicklungen darstellen.

155 Um Mobilität für Alle garantieren zu können, sind im öffentlichen Personennahverkehr Nachteilsausgleiche
156 z. B. über Sozialtickets vorzusehen.

157 Der individuelle Personenverkehr sowie der Güterverkehr auf der Straße sind verstärkt auf die Schiene
158 umzulenken. Hierzu gehört ein attraktives Angebot im schienengebundenen und sonstigen öffentlichen
159 Personennahverkehr zwischen den Metropolen sowie im ländlichen Raum. Die Deutsche Bahn AG sowie
160 kommunale Verkehrsbetriebe sind als wichtige Anbieter von Verkehrsdienstleistungen zu 100 % in
161 öffentlicher Hand zu halten.

162 Das sächsische Eisenbahnnetz ist in jetzigem Umfang zu erhalten.

163 Die Binnenschifffahrt ist für Sachsen als ein umweltverträglicher, energiesparender und kostengünstiger
164 Verkehrsträger nicht vernachlässigbar. Dennoch lehnen wir einen weiteren Ausbau der Elbe ab.

165 Dem Ausbau von bestehenden Verkehrsflächen ist gegenüber dem Neubau der Vorrang einzuräumen.

166 Das System der Geschwindigkeitsbegrenzungen ist zu überarbeiten, dabei ist ein Tempolimit von 130 km/h
167 ist für Autobahnen einzuführen.

168

169 3.3 Handlungsfelder

- 170 - Zur Schaffung von Anreizen im Güterverkehr zum Umstieg von der Straße auf die Schiene muss die
- 171 LKW-Maut auf sämtliche Bundesfernstraßen ausgeweitet werden
- 172 - Der schienengebundene Verkehr ist steuerlich zu begünstigen.
- 173 - Güterverkehrszentren sind als Schnittstellen eines intelligenten Verkehrsmanagements auszubauen.
- 174 - In Regionen und Kommunen sind „Pläne der Mobilitätssicherung für Alle“ zu erarbeiten und
- 175 umzusetzen, die den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel ermöglichen. Verkehrstarife sind sozial
- 176 verträglich zu gestalten.
- 177 - Zur Unterstützung der Markteinführung muss der Kauf umweltfreundlicher Autos für einen begrenzten
- 178 Zeitraum steuerlich begünstigt werden. Die KFZ-Steuer ist umzustellen auf eine CO₂-Ausstoß-Steuer.
- 179 Die Abgasnormen für Autos müssen verschärft werden.
- 180 - Flugbenzin und Kerosin sind in den CO₂-Emissionshandel einzubeziehen.
- 181 - An Bundesstraßen, Staatsstraßen, Kreisstraßen und kommunalen Straßen ist das Radwegesystem
- 182 auszubauen und das bereits bestehende zu erhalten.

183

184

185

186

187

188

189 **4. Wirtschaftspolitik- und Technologiepolitik**

190

191 4.1 Ist-Beschreibung

192 Der Freistaat Sachsen nimmt mit einem Wirtschaftswachstum von 2,8 % im Jahr 2006 entgegen
193 vollmundiger Regierungserklärungen in Deutschland nur einen Mittelplatz ein. Der bundesweite Trend des
194 Rückgangs der Wertschöpfung im Baugewerbe fiel in Sachsen allerdings moderater aus. Der Grund war eine
195 Umweltkatastrophe gigantischen Ausmaßes: die Flut 2002. War die Bauindustrie bis in die Gegenwart mit
196 der Beseitigung der Flutschäden beschäftigt, wird sie künftig von der Umsetzung der ambitionierten
197 Hochwasserschutzkonzepte profitieren können.

198 Die wirtschaftliche Entwicklung vollzieht sich allerdings regional recht unterschiedlich. Während
199 großstädtische Ballungszentren prosperieren, fallen ländliche Regionen weiter zurück. Deutlich wird diese
200 ungleiche Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen. Sie bewegen sich in Metropolregionen bereits im
201 einstelligen Prozentbereich und steigen in ländlichen Regionen, zunehmend mit der Entfernung zur
202 Großstadt, bis über 20 % an.

203 Allerdings wird die wirtschaftliche Entwicklung – national wie global – künftig stärker von Veränderungen
204 auf dem Rohstoffmarkt negativ beeinflusst werden: Die seit langem absehbare Verknappung der natürlichen
205 Ressourcen, verursacht durch das weltweite Streben nach quantitativem Wirtschaftswachstum und
206 Maximalprofit, ist in der Gegenwart drastisch spürbar. Unabhängig von den negativen Wirkungen auf die
207 Ökosysteme generell, werden diese globalen Folgen auch im Freistaat Sachsen zu einschneidenden
208 Veränderungen in der Lebensqualität führen. Die galoppierenden Preisentwicklungen im Strom- und
209 Energiebereich sind lediglich ein erstes Indiz für eine derartige Entwicklung. Sie erfordern eine neue Politik
210 in Richtung auf eine rasche soziale und ökologische Umgestaltung der Wirtschaft.

211 4.2 Position

212 Wirtschaftspolitik im Freistaat Sachsen darf nicht auf ungehemmtes Wachstum orientieren, sondern muss
213 eine neue Qualität von Produktion und Lebensweise hervorbringen, die den Prinzipien der Nachhaltigkeit
214 genügt. Das erfordert neue kleinteiligere, demokratischere Wirtschaftsstrukturen und deren Vernetzung
215 sowie die Gestaltung von Stoff- und Energiekreisläufen in Produktion und Konsumtion nach dem Vorbild
216 der Natur.

217 Umweltökonomische Instrumente (Beispiel Öko-Steuer/ Emissionszertifikate) dürfen aber nicht durch die
218 Hintertür zu Sondergewinnen von Unternehmen und über die Preiserhöhungen zu einer doppelten Last für
219 Verbraucherinnen und Verbraucher führen. Hier muss der Staat Instrumente zur sozialen Abfederung
220 vorsehen.

221 Die größte Ressourcenvernichtung findet in der Rüstungsindustrie statt. Die Anwendung ihrer Produkte löst
222 keine menschlichen Probleme, schafft aber neue. Daher lehnt die Linke jede Form der Rüstungsproduktion
223 ab, auch und gerade, wenn ihre Legitimation mit zweifelhaften Arbeitsplatzargumenten begründet wird.

224 Technologiepolitik muss in Sachsen konsequent auf die Schwerpunkte

- 225 • Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz
- 226 • Nutzung regenerativer Ressourcen und Energien sowie
- 227 • Umweltbezogene Dienstleistungen

228 ausgerichtet werden. Innovative Technologien und Entwicklungen müssen der Schaffung der materiell-
229 technischen Basis für den sozial-ökologischen Umbau dienen. Rein marktwirtschaftliche
230 Liberalisierungskonzepte oder Profitinteressen verstellen die Sicht auf ethisch-moralische
231 Bewertungsgrundsätze, die gerade für einen ökologisch und sozial nachhaltigen Politikansatz von
232 entscheidender Bedeutung sind.
233

234 4.3 Handlungsfelder

- 235 - Erforderlich ist die Entflechtung und Demokratisierung (Unternehmensbeteiligungen/ Genossenschaften)
236 von Unternehmen besonders in der Energiewirtschaft.
- 237 - Klein- und mittelständische Unternehmen, soweit sie Tariflöhne zahlen, sind verstärkt zu fördern, u. a.
238 durch die Bereitstellung von Wagniskapital für Innovationen.
- 239 - In Sachsen ist ein Rohstoffsicherungskonzept zu erstellen auf der Grundlage einer genauen
240 Bedarfsanalyse. Das Bundesbergrecht ist zu überarbeiten mit dem Ziel, veränderten umwelt- und
241 klimapolitischen Erfordernissen stärker gegenüber wirtschaftlichen Verwertungsinteressen Rechnung zu
242 tragen.
- 243 - Der Ressourcen- und Energieverbrauch ist von der Produktherstellung, über den Gebrauch bis zur
244 Recyclingfähigkeit durch die Förderung einer integrierten Produktpolitik zu senken
245 (Langlebigkeit/Reparaturfähigkeit).
- 246 - Technologiebetreuungs- und Gründerzentren in Sachsen sind langfristig zu fördern.
- 247 - Strukturen und Instrumentarien zur Technologiefolgenabschätzung müssen erprobt und angewandt
248 werden. Das gilt insbesondere für Bewertungen zur Energieversorgung, zur Gentechnik oder zur
249 chemischen Industrie. Dafür sind entsprechende Landesmittel zur Verfügung zu stellen.

250
251
252
253
254
255
256
257
258
259

5. Ressourcenpolitik und Wertstoffwirtschaft

5.1 Ist-Beschreibung

Die Abfallwirtschaft in Sachsen hat sich seit 1990 stark verändert. Nach anfänglich über 1000 bestehen z. Zt. noch 5 Deponien in öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträgerschaft, von denen 2 nur zur Deponieklasse I gehören (Ablagerung befristet bis 2009). Zur erforderlichen Vorbehandlung vor der Ablagerung existieren 5 Restabfallbehandlungsanlagen mit einer Gesamtkapazität von 845.000 t/a (2007); die größten davon sind die MBA Cröbern (300.000 t/a) und die TA Lauta (225.000 t/a).

260
261
262
263
264
265

Die den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern überlassenen Restabfallmengen aus Haushalten und Kleingewerbe sind seit 1996 ständig zurückgegangen und betragen 2006 rd. 558.000 t bzw. 131 kg/E•a (Schwankungsbreite in den Kreisen und Städten 76 – 179 kg/E•a). Dazu kommt noch ca. die 1½-fache Menge an Sperrmüll, Wertstoffen (gelbe Tonne) und Bioabfällen. Die Müllgebühren liegen in Sachsen bei etwa 50 €/E•a.

266
267
268
269

Die Trennung, Erfassung und Behandlung des Hausmülls und hausmüllähnlicher Abfälle sind überwiegend in der Hand von kommunalen oder Zweckverbandsbetrieben und nicht der Privatwirtschaft unterworfen. Beim Gewerbemüll und der Verwertung der Abfälle ist die Situation kritischer. Insgesamt ist die bisherige Abfallwirtschaft nicht nachhaltig genug.

270
271
272

5.2 Position

Die traditionelle „Abfallwirtschaft“ ist im Freistaat Sachsen konsequent zu einer energieeffizienten Ressourcen- und Wertstoffwirtschaft zu entwickeln.

273
274
275
276
277

Abfallpolitik ist unter dem Gesichtspunkt der Zukunftsfähigkeit als Kreislaufwirtschaft auf der Grundlage eines intelligenten Ressourcen- und Stoffstrommanagements zu gestalten. Eine aktive Abfallvermeidungspolitik muss sowohl die Verbraucher durch gezielte Öffentlichkeits- und Bildungsmaßnahmen und durch die eine ausreichende Ausstattung der Abfallberatung bei Kommunen und Verbraucherverbänden aufklären, als auch Maßnahmen in der Wirtschaft fördern.

278
279
280

An die Stelle der Müllverbrennung in bisheriger Form muss eine energetische Verwertung in nachhaltiger Weise treten. Das heißt u. a.: Die Ersatzbrennstoffe aus der heizwertreichen Fraktion der MBA müssen Regelbrennstoffe ersetzen und einen besseren Klimaschutz gewährleisten.

281
282

Wir sind für die Schaffung bzw. den Einsatz alternativer intelligenter Erfassungssysteme sowie den Erhalt bzw. die verstärkte Einrichtung dezentraler Wertstoffhöfe; dabei sind die Bürger aktiv zu beteiligen.

283
284

5.3 Handlungsfelder:

285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297

- Im Freistaat Sachsen ist unter Beteiligung der Unternehmen, Verbände und Kommunen ein Integriertes Abfallwirtschaftskonzept zu erarbeiten, das alle Ebenen und alle wirtschaftlichen Bereiche (Gewerbeabfallverordnung!) einschließt .
- Die Abfallwirtschaftskonzepte der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sind unter Beteiligung der BürgerInnen (z. B. durch Vertreter der Lokalen Agenda 21) zu einem Konzept der „Nachhaltigkeit in der kommunalen Abfallwirtschaft“ fortzuschreiben.
Die Beurteilung von Konzepten zur Behandlung von Abfällen (insbesondere zur Förderfähigkeit) darf nur unter Beachtung einer Energie- und einer CO₂-Bilanz sowie einer hochwertigen stofflichen Verwertung erfolgen.
- Kooperationen über die Grenzen der Bundesländer und der Bundesrepublik sind nach dem Grundsatz der Nähe und mit dem Ziel der Gestaltung grenzüberschreitender regionaler Wirtschaftskreisläufe zu fördern. Importe und Exporte von Abfällen dürfen nur in Ausnahmefällen genehmigt werden. Sog. Billig-Exporte von Abfällen zur Beseitigung und „Billig“-Ablagerungen sind zu verhindern.

- 298 - Es sind verursachergerechte Abfallgebühren mit einer sozialverträglichen Grundgebühr in allen Kreisen
- 299 einzuführen.
- 300 - Im Freistaat Sachsen muss das Trennungsgebot für Abfälle konsequent beibehalten werden, vor allem im
- 301 Interesse der ressourcenökonomischen Verwertung, der Kostensenkung und der positiven
- 302 Arbeitsmarkteffekte.
- 303 - Bei regionalen Planungs- und Genehmigungsverfahren über Abfallanlagen müssen die
- 304 Kommunalparlamente und die Bürger beteiligt werden.
- 305 - Hindernisse und Hemmnisse für hochwertiges Recycling und Recyclingprodukte sind durch
- 306 entsprechende Standards und marktfördernde Maßnahmen für Verwertungsprodukte sowie durch die
- 307 Fortzahlung von Investitionszulagen an die Recyclingbetriebe abzubauen.
- 308 - Die Biotonnen-Inhalte sind als Biomasse zur Energiegewinnung zu nutzen.

309
310 -

311 **6. Agrarwirtschaft**

312

313 6.1 Ist-Beschreibung

314 In Sachsen sind rund 43 000 Personen in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei beschäftigt. Das sind
315 2,1 % der Erwerbstätigen. Sie bewirtschaften 913 120 ha landwirtschaftliche Nutzfläche und tragen damit
316 zur Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln bei. Ende 2005 wurden
317 23 450 ha, das sind ca. 2,6 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche, in über 300 Betrieben nach ökologischen
318 Kriterien bewirtschaftet. Damit kann die steigende Nachfrage nach ökologisch hergestellten Lebensmitteln
319 nicht aus eigener Produktion gedeckt werden. Die Entwicklung des ökologischen Landbaus stagniert und
320 bleibt hinter anderen Bundesländern zurück.

321 Dank der Agrarwirtschaft kann ein beträchtlicher Teil des von Industrie, Verkehr und Haushalten
322 ausgestoßenen CO₂ wieder umgewandelt werden, gleichzeitig wird die Agrarwirtschaft durch intensive
323 Tierhaltung und Einsatz von mineralischem Dünger selbst zum Klimakiller.

324 Besorgniserregend ist auch der Waldzustand in Sachsen, der sich unter den klimatischen Veränderungen
325 (Anstieg der Temperaturen, Rückgang der Niederschläge) weiter verschlechtert hat.

326 Die Anbaufläche gentechnisch veränderter Kulturen (GVO) hat sich in Sachsen in den letzten Jahren trotz
327 Unklarheiten und Risiken ständig erhöht.

328 6.2 Position

329 Wichtigste Aufgabe der Agrarwirtschaft bleibt auch in Zukunft die sichere Bereitstellung umweltverträglich
330 hergestellter, gesundheitlich unbedenklicher Nahrungsmittel, die nach Möglichkeit regional produziert
331 werden sollen.

332 Eine Aufgabe der sächsischen Agrarpolitik muss die Erhöhung des Anteils ökologisch arbeitender
333 Agrarbetriebe sein, um der steigenden Nachfrage aus regionaler Produktion zu genügen. Darüber hinaus
334 kann Land- und Forstwirtschaft durch den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen einen wichtigen Beitrag
335 zum Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger und Kraftstoffe leisten.

336 Der Nutzung von landwirtschaftlichen Kulturflächen als Anbaufläche für Nahrungsmittel und Tierfutter ist
337 gegenüber nachwachsenden Rohstoffen der Vorzug zu geben.

338 Den Einsatz von gentechnisch veränderten Kulturen lehnen wir ab. Sie bedrohen die Sorten- und
339 Artenvielfalt und bergen unverantwortliche Risiken. Einmal in der Natur können sie nicht mehr zurückgeholt
340 werden. Sie leisten keinen Beitrag zur Beseitigung des Welthungers, sondern gefährden die
341 Ernährungssouveränität der Staaten, indem sie die Bauern in die Abhängigkeit weniger, weltweit agierender
342 Saatgutkonzerne drängen.

343 Nicht zuletzt sind die Wälder unerlässlich für ein stabiles Klima, in dem Menschen dauerhaft existieren
344 können. Sie müssen durch eine nachhaltige Forstwirtschaft geschützt, gesund erhalten und gemehrt werden.

345 Eine pauschale Begrenzung der Direktzahlungen der EU an landwirtschaftliche Betriebe ab einer bestimmten
346 Betriebsgröße benachteiligt die gewachsenen Agrarstrukturen in Sachsen. Ein Großteil der
347 Landwirtschaftsbetriebe wirtschaftet hier als Agrargroßbetriebe. Gleichzeitig wäre das ein Schlag gegen die
348 arbeitsintensiven, tierhaltenden Betriebe in strukturschwachen Regionen wie dem Erzgebirge. Zahlungen aus
349 dem EU-Haushalt direkt an europäische Landwirte sind auch in Zukunft notwendig, wenn sie an ökologische
350 Bewirtschaftungs- und Tierhaltungskriterien gebunden sind.

351 6.3 Handlungsfelder

- 352 - In der EU ist eine gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu gestalten, die die Ernährungssouveränität und
353 Besonderheiten landwirtschaftlicher Produktion sowohl ihrer Mitgliedsstaaten als auch aller anderen
354 Länder der Welt respektiert.
- 355 - Direktzahlungen der EU an Landwirte sollten sich nicht nur nach der bewirtschafteten Fläche der
356 Betriebe richten, sondern auch nach geschaffenen Arbeitsplätzen pro Hektar sowie dem Beitrag zum
357 Umweltschutz.
- 358 - Sämtliche Export- und Transportsubventionen müssen abgeschafft werden, um eine weitestgehend
359 regionale und damit umweltverträgliche Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln
360 zu befördern. Gleichzeitig fordern wir von der Bundesregierung eine wirksame Entwicklungshilfe im
361 Agrarbereich, um auch den ärmsten Ländern der Welt die souveräne Ernährung ihrer Bevölkerung zu
362 ermöglichen.
- 363 - Von der sächsischen Staatsregierung erwarten wir, dass sie ihrerseits sämtliche Spielräume nutzt, um in
364 Sachsen den Anbau und das in Verkehr bringen von gentechnisch veränderten Kulturen zu verhindern.
365 Gleichzeitig soll sie die Landwirte bei der Bildung von gentechnikfreien Regionen an Sachsen aktiv
366 unterstützen.
- 367 - Um den Anteil ökologischen Landbaus und Tierhaltung in Sachsen zu erhöhen, fordern wir von der
368 Sächsischen Staatsregierung die Förderung der Umstellung von konventioneller auf ökologische
369 Landwirtschaft langfristig planbar und in der Höhe so zu gestalten, dass mehr Betriebe diesen Schritt
370 wagen. Es sollte auch möglich sein, Teile von Betrieben umzustellen. Damit würden für größere
371 Betriebe die Hürden für den Einstieg herabgesetzt.
- 372 - Ziel eines möglichst flächendeckenden, nachhaltigen Umbaus des Waldes in Sachsen muss der Ausbau
373 der Elastizität von Waldökosystemen und damit seine Fähigkeit zur strukturellen Erneuerung unter den
374 klimatischen Veränderungen sein. (Forderung nach FSC-Zertifizierung des sächsischen Waldes)

375
376

377 **7. Tierschutz**

378

379 7.1 Ist-Beschreibung:

380 Seit 2002 ist der Tierschutz Bestandteil des Grundgesetzes und damit Staatsziel. Das hat trotzdem nichts
381 daran geändert, dass Tierversuche, industrielle Massentierhaltung, Importe von Produkten aus
382 tierquälerischer Haltung oder der Handel mit geschützten Wildtieren immer noch reale Praxis sind.
383 Änderungen im Rechtssystem sind so noch keine Änderungen im Wertesystem. Dies erfordert eine
384 gesellschaftliche Diskussion über den Umgang mit Tieren, die zurzeit nicht ausreichend geführt wird.

385 7.2 Position

386 Wir setzen uns für einen nachhaltigen Schutz von Wildtieren, landwirtschaftlichen Nutztieren und
387 Heimtieren ein. Voraussetzung für einen wirkungsvollen Tierschutz ist seine Einbettung in sozial- und
388 umweltpolitische Themen. Die Gestaltung des ländlichen Raums, die Ausbreitung regionaler
389 Wirtschaftskreisläufe und die Förderung ökologischer Tierhaltung müssen die Tierschutzdebatte begleiten.

390 7.3 Handlungsfelder

- 391 - Tierversuche sind durch Anwendung alternativer Methoden zu reduzieren.
- 392 - Es sind einheitliche Tierschutzindikatoren für tierschutzgerechte Produktions- und Zuchtmethoden
393 einzuführen. Qualzuchten bei kleinen Haus- und Heimtieren sowie „Turborassen“ in der
394 Nutztierproduktion, die einseitig auf Leistung gezüchtet wurden, dürfen nicht zugelassen werden.
- 395 - Die Öffentlichkeit ist gezielt über geltende Tierschutznormen zu informieren. Dabei sind nationale und
396 internationale Initiativen zur Sensibilisierung für den Tierschutz zu unterstützen.
- 397 - Tierschutzverbänden ist ein Verbandsklagerecht einzuräumen.

- 398 - Um den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Möglichkeit der Wahl zu geben, sind
399 Kennzeichnungsregeln zu schaffen, die Auskunft über die Haltungsbedingungen von Tieren und den
400 daraus hergestellten Produkten geben. (Durchsetzung der EU-Verordnungen zum Tierschutz in Sachsen)
401 - Generell sind Tiertransporte durch Schaffung regionaler Verarbeitungskapazitäten deutlich zu
402 verringern.

403

404 -

405 **8. Natur-/Landschafts- und Bodenschutz**

406

407 8.1 Ist-Beschreibung

408 Der Verlust an biologischer Vielfalt vollzieht sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts in einem beispiellosen
409 Tempo. Zusätzlich gefährdet der Klimawandel die bestehenden natürlichen Ökosysteme. Rund 10 % der in
410 Sachsen einst beheimateten Arten sind in den letzten 30 Jahren bereits ausgestorben und immer noch
411 verschwinden jährlich mehr als 8 Tier- und Pflanzenarten. Von den verbliebenen 1 600 Pflanzenarten und
412 den 330 Wirbeltierarten ist jeweils rund ein Drittel in ihrem Vorkommen gefährdet.

413 Mit 270 Fauna-Flora-Habitat-Gebieten sowie 77 Vogelschutzgebieten wurden 15 % der Landesfläche von
414 Sachsen für das europäische ökologische Schutzgebietssystem „Natura 2000“ an die EU gemeldet.

415 Eine der Hauptgefährdungsursachen für die Artenvielfalt liegt im ungebremsten Flächenverbrauch. Nachdem
416 bis Mitte 2004 die Zuwachsraten der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Sachsen rückläufig gewesen sind,
417 nimmt die Flächeninanspruchnahme wieder zu und liegt gegenwärtig bei ca. 4,5 Hektar täglich. Dies
418 entspricht einer Größe von etwa sechs Fußballfeldern.

419 Mit dem Flächenverbrauch wird ein wichtiger Rohstoff unserer Nutzung entzogen: Der Boden. Er ist nicht
420 nur einfach Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen. Er ist die Grundlage für
421 unsere Ernährung, für nachwachsende Rohstoffe, sein Zustand prägt die Artenvielfalt, seine
422 Infiltrationsfähigkeit beeinflusst das Grundwassers und ist wichtig für den Hochwasserschutz. Aufgabe eines
423 vorsorgenden und nachhaltigen Bodenschutzes ist deshalb die Gewährleistung der natürlichen
424 Funktionsfähigkeit des Bodens, die zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit beiträgt und so auch Schutz vor
425 Erosion bietet.

426 8.2 Positionen

427 Hauptziel des Naturschutzes ist die Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit von Natur und
428 Landschaft. Zum Interessenausgleich zwischen unterschiedlichen Nutzungsansprüchen müssen insbesondere
429 ausgewählte Lebensräume besonders bedrohter Tier- und Pflanzenarten aber auch bedeutsame
430 Kulturlandschaften in einem verbundenen Schutzgebietssystem gesichert werden, muss ein
431 umweltschonendes Wirtschaften mit minimalem Flächenverbrauch und geringen Umwelteinträgen
432 gewährleistet und ehemalige Wirtschafts-, Verkehrs- und Wohnflächen nach der Nutzungsaufgabe
433 renaturiert werden.

434 Bei der Interessenabwägung im Zuge der Planung von Baumaßnahmen ist der Schutz von bedrohten Tier-
435 und Pflanzenarten vorrangig zu bewerten. Besondere Unterstützung verdienen Bemühungen um die
436 Wiederansiedlung einstmals ausgestorbener Tierarten sowie der Schutz von Tieren, wie Wolf oder Luchs,
437 die nach Deutschland bzw. Sachsen zurückgekehrt sind.

438 Der Boden ist zu schützen vor Erosion, Versauerung und vor unkontrollierten Eintrag chemischer
439 Substanzen aus der Agrarwirtschaft. Bodenschutz heißt aber auch Verhinderung von
440 Flächeninanspruchnahme und -versiegelung durch Bau von Straßen, Siedlungs- und Gewerbeflächen. Dazu
441 ist konsequent auf eine Innenentwicklung der Siedlungsflächen durch Flächenverdichtung,
442 Nutzungsmischung und Brachflächenrevitalisierung im Verbund mit Maßnahmen zur
443 Wohnumfeldverbesserung und Verkehrsberuhigung zu orientieren.

444 Bei der Planung von Infrastrukturmaßnahmen sind realistische Entwicklungspotenziale (besonders
445 demografische Entwicklung) abzuschätzen und zuerst räumlich-funktionale Vernetzungen zu optimieren
446 (z. B. Siedlungsentwicklung – Knotenpunkt ÖPNV).

447 Zur Stärkung der demokratischen Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern in Fragen des Natur- und
448 Landschaftsschutzes ist das Mitwirkungs- und Verbandsklagerecht von Naturschutzvereinen zu erweitern.

449 8.3 Handlungsfelder:

- 450 - Durch eine nachhaltige Landschaftsgestaltung sowie Feld- und Waldwirtschaft ist der Boden- und
451 Wassererosion sowie der Versauerung der Böden entgegen zu wirken
- 452 - Das landesspezifische Schutzgebietssystem ist zu sichern und kontinuierlich auszubauen. Gezielt sind
453 dabei Biotopverbundflächen zum Schutz der Artenvielfalt zu erhalten bzw. neu anzulegen.
454 Ausnahmegenehmigungen bei Nutzungseinschränkungen in Schutzgebieten sind zu minimieren.
- 455 - Bei der Rekultivierung von Tagebaulandschaften sind hinreichend große Teilflächen für den Naturschutz
456 zu sichern. Ausgewählte Seen der Leipziger und Lausitzer Seenlandschaften müssen von jeglicher
457 touristischen Erschließung ausgenommen werden, um besonders gefährdeten Tier- und Pflanzenarten
458 eine unbeeinträchtigte Wieder- oder Neuansiedlung zu ermöglichen.
- 459 - Der fortgesetzten Neuversiegelung von Flächen ist durch die Konzentration auf Siedlungsinnenflächen
460 bzw. -verdichtung zu begegnen. Bei der Umsetzung von Baumaßnahmen ist strikt der Vorrang der
461 Revitalisierung von Brachflächen zu berücksichtigen. Die Inanspruchnahme von Freiraum ist konsequent
462 auszugleichen u.a. durch Rückbau-, Renaturierungs- und Rekultivierungsmaßnahmen auf
463 Ausgleichflächen.
- 464 - Bei der Sanierung ökologischer Altlasten ist über die reine Gefahrenabwehr die wirtschaftliche
465 Wiedernutzung der Fläche anzustreben. Es sind modellhafte Finanzierungslösungen für
466 Flächenrecyclingvorhaben zu erarbeiten.
- 467 - Natürliche, unverbaute Fließgewässer und Fließgewässerabschnitte sowie Bach- und Flussauen sind zu
468 erhalten. Bei künstlichen und erheblich veränderten Gewässern sollten Möglichkeiten des naturnahen
469 Rückbaus geprüft werden. Die Hochwasservorsorge ist durch die Schaffung von
470 Überschwemmungsflächen zu verbessern.

471

472

473 **9. Wasser/Abwasser**

474

475 9.1 Ist-Stand

476 Sachsen verfügt gegenwärtig über ausreichende Ressourcen für eigenes Trinkwasser in allen Landesteilen.
477 Durch den Klimawandel wird eine gravierende Änderung der territorialen und saisonalen Verteilung von
478 Niederschlag prognostiziert, die sich auf Oberflächen- und Grundwasser auswirken wird. Es wird neue
479 Gebiete geben, die zukünftig durch zusätzliches Fernwasser versorgt werden müssen.

480 In Sachsen beträgt der Anschlussgrad an die Öffentliche Trinkwasserversorgung 99 Prozent. Ein
481 verschwindend geringer Teil der Bevölkerung Sachsens bedient sich bei der Trinkwasserversorgung
482 entweder ausschließlich oder zusätzlich zur öffentlichen Versorgung eigener Hausbrunnen. Insgesamt ging
483 der Verbrauch an Trinkwasser in Sachsen in den letzten Jahren rapide zurück. So lag 2004 der
484 durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch in Sachsen mit 88,4 Litern pro Tag und Einwohner weit unter dem
485 Bundesdurchschnitt von 126 Litern.

486 Dagegen sind deutlich über 500 000 Einwohner Sachsens oder ca. 20 % noch nicht an das öffentliche
487 Kanalnetz zur Abwasserbeseitigung angeschlossen. Heute zeigt sich, dass die in der Vergangenheit
488 geplanten und realisierten Anlagen und Kanalnetze gerade in ländlichen Regionen deutlich
489 überdimensioniert sind, was in der Folge vielfach zu Problemen bei der Abwasseraufbereitung und ihrer
490 Finanzierung geführt hat.

491 Die inzwischen 2007 geänderte Prioritätensetzung bei der Förderung von Abwasserbeseitigungsanlagen, die
492 gerade für ländliche Regionen die Möglichkeit von kleinteiligen Lösungen zulässt, kommt viel zu spät.

493 9.2 Position

494 Die Versorgung mit qualitätsgerechtem Trinkwasser und die Entsorgung von Abwasser sind Elemente der
495 öffentlichen Daseinsvorsorge und einer demokratischen Kontrolle keinesfalls zu entziehen. Die notwendige
496 Transparenz der Gebühren-/Entgeltspolitik kann nur dadurch gesichert werden, dass die Systeme und Anlagen
497 für Trinkwasser/Abwasser in kommunaler Selbstverwaltung oder in Kommunalverbänden verbleiben.
498

- 499 Die Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung muss, soll sie Prinzipien der Ökologie und
 500 Nachhaltigkeit folgen, grundsätzlich regional organisiert werden.
- 501 Die Sicherung der natürlichen Wasserressourcen durch Trinkwasserschutzzonen muss in Zukunft einen
 502 vorrangigen Status gegenüber anderen wirtschaftlichen Interessen haben.
- 503 Die Abwasserentsorgung ist mittelfristig stärker auf Dezentralisierung zu orientieren, da der demographische
 504 Wandel zur Ausdünnung der Siedlungsstrukturen führt.
- 505 Eine wichtige Grundlage für die Sicherung der natürlichen Wasserressourcen stellt ein ökologisch
 506 nachhaltiger Waldumbau dar.

507 9.3 Handlungsfelder

- 508 - Die Bereitstellung von Trinkwasser ist unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge
 509 und über deren Entscheidungsfreiheit unter Wahrung des Solidaritätsprinzips und der Wirtschaftlichkeit
 510 mit dem Ziel der Gebührenoptimierung dauerhaft zu sichern.
- 511 - Jegliche Eingriffe in die Natur (insbesondere Versiegelung) sind stärker unter Aspekten des
 512 Hochwasserschutzes und natürlicher Grundwasserspeicher für die Trinkwasserversorgung zu betrachten.
- 513 - Der Schritt zu einer mittelfristigen Dezentralität der Abwasserentsorgung vorrangig im ländlichen Raum
 514 muss konsequent vollzogen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch Dresden, Leipzig und
 515 Chemnitz über ländliche Strukturen in ihren Randlagen verfügen, in denen ein Anschluss an die zentrale
 516 Abwasserentsorgung unzweckmäßig ist.
- 517 - Der Rückbau von Anlagen der Wasserver- und Abwasserentsorgung aufgrund von unrentablen
 518 Überkapazitäten ist zu fördern.

519
 520

521 **10. Umweltbildung /-erziehung und Verbraucherschutz**

522

523 10.1 Position

524 Nur höchstmögliche Öffentlichkeit und Transparenz der Produktion und Konsumtion bieten Möglichkeiten
 525 der Abwehr ökologisch und sozial unverantwortbaren Tuns. Nur wer weiß, was wie produziert wird, unter
 526 welchen ökologischen und sozialen Bedingungen, kann verantwortungsbewusst konsumieren. Nur wer weiß,
 527 was wie produziert wird, kann sich vor gesundheitlichen Gefahren und überhöhten Preisen schützen. Nur er
 528 hat überhaupt Wahlfreiheit. Deshalb ist das Recht auf uneingeschränkte Information, Umweltbildung und
 529 Verbraucherschutzberatung auszubauen.

530

531 Eine nachhaltige Entwicklung stellt eine Herausforderung für die Umweltbildung in den
 532 Bildungseinrichtungen Sachsens dar, weil sie einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen muss und nicht auf die
 533 Vermittlung isolierten Fachwissens beschränkt bleiben darf. Sie lässt eine grundsätzliche Reform der
 534 gesamten schulischen Bildung hinsichtlich der Inhalte, Ziele und Methoden des schulischen Lernens, der
 535 Organisation von Schule im gesellschaftlichen Leben notwendig erscheinen.

536 Von besonderer Bedeutung ist Aus- und Fortbildung der Lehrer, die auf dem Gebiet des Umwelt- und
 537 Naturschutzes in Sachsen nach befriedigendem Beginn 1990 – 1994 in den darauf folgenden Jahren stark
 538 vernachlässigt worden ist. Die Bereitschaft der Lehrer und Ausbilder zu aktivem Wirken für Natur- und
 539 Umweltschutz ist zu stimulieren.

540 10.2 Handlungsfelder:

- 541 - Es sind vielfältige integrierte Bildungsangebote vom Kindergarten über die Schulen bis hin zu
 542 Universitäten anzubieten. Fort- und Weiterbildungsangebote sind zur Integration des „Umweltschutzes“
 543 in die betriebliche Praxis zu unterbreiten. Dabei ist das Erfahrungspotenzial der Umweltbildungsträger
 544 (Umweltzentren, Vereine usw.) verstärkt zu nutzen und finanziell zu fördern. Kooperationen sind
 545 aufzubauen und zu pflegen. (z. B. Bündnisse für Umweltbildung). Im Medien-Staatsvertrag muss ein
 546 Umweltbildungsauftrag für öffentlich-rechtliche Medien verankert werden.
- 547 - An Kindertagesstätten und Schulen ist unter Einbeziehung regionaler Produkte gesundheitsfördernde
 548 Verpflegung sowie kostenfreies Mittagessen anzubieten.

- 549 - Die Wirtschaft muss über alle verbraucherrelevanten Sachverhalte öffentlich informieren. Wir fordern
550 die Veröffentlichung von Verstößen gegen die Umwelt- und Verbraucherschutzvorschriften und einen
551 kostenfreien Zugang zu jeglichen Umweltdaten für jeden.
- 552 - Der Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen wie Lärm, Dieselruß, Feinstaub ist erhöhen, u.a. durch die
553 Einrichtung von Umweltzonen, Tempolimits etc. Wir setzen uns für ein Nachtflugverbot für Personen-
554 und Frachtverkehr in Ballungsgebieten ein.
- 555 - Der Anbau und der Einsatz von genveränderten Kulturen sind konsequent abzulehnen.